

Inhumanität am Flughafen: Abschiebebeobachtung schlägt Alarm!

Am Flughafen Frankfurt werden schwerkranke Geflüchtete abgeschoben, während die kirchliche Einrichtung „Abschiebebeobachtung“ die Praxis kritisiert.

Am Frankfurter Flughafen wird seit Jahren die Praxis der Abschiebung kontrovers diskutiert. Besonders die Behandlung von schwerkranken Geflüchteten sorgt für heftige Kritik. Eine aktuelle Beobachtung der kirchlichen Organisation „Abschiebebeobachtung“ hat aufgebracht, dass gefährdete Menschen oft unter menschenunwürdigen Bedingungen abgeschoben werden.

Die Berichterstattung von Melisa Ergül-Puopolo von der Diakonie Frankfurt-Offenbach und Finn Dohrmann von der Caritas Frankfurt zeigt alarmierende Zustände: Flüchtlinge werden aus ihren Unterkünften abgeholt und müssen am Flughafen ohne Gepäck, Geld und oft in ungeeigneten Kleidungsstücken wie Flipflops ausharren. Dies geschieht unabhängig von der Schwere ihrer gesundheitlichen Probleme, was in vielen Fällen zu ungewissen Behandlungsmöglichkeiten im Zielland führt.

Die Beobachtungen im Detail

Im vergangenen Jahr wurden am Frankfurter Flughafen 4.395 Asylsuchende abgeschoben, wobei 1.200 unter dem kritischen Blick der Abschiebebeobachtung standen. Die meisten dieser Menschen fallen unter die EU-Dublin-III-Verordnung, die es erforderlich macht, dass Flüchtlinge dorthin zurückgebracht werden, wo sie zuerst Asyl beantragt haben. Doch dies

geschieht häufig unter humanitären Mängeln.

Die Beobachter haben darüber hinaus Mängel in der Qualifikation der Ärzte festgestellt, die die Flugtauglichkeit der Flüchtlinge bewerten. Es ist besorgniserregend, dass Allgemeinmediziner häufig Vertrauensurteile zu komplexen psychischen Erkrankungen abgeben, obwohl sie dafür nicht die notwendige Qualifikation besitzen. Diese Bedenken werden in den jährlichen Berichten dokumentiert, die seit 2006 veröffentlicht werden.

„Die Flüchtlingsbeobachtung am Flughafen Frankfurt agiert als unabhängige Instanz und hat in den letzten Jahren zunehmend auf Missstände aufmerksam gemacht“, erklärt Dohrmann. Diese unabhängige Überwachung wird durch verschiedene kirchliche Einrichtungen finanziert und unterstützt, was den Stellenwert der humanitären Hilfe unterstreicht.

Rolle der Behörden und zukünftige Entwicklungen

Die Beobachtung und Dokumentation der Abschiebepraktiken sind wesentlich, um etwaige Missstände zu thematisieren. Im Jahr 2023 gab es laut dem hessischen Innenministerium einen Anstieg der Abschiebungen, was Innenminister Roman Poseck (CDU) mit einer verstärkten Bereitschaft zu erklären versuchte, insbesondere bei Personen mit Vorstrafen.

Trotz der Hilfe durch Organisationen wie Caritas und Diakonie bleibt die Zukunft für diese Menschen ungewiss. Oft mangelt es an adäquaten Hilfsangeboten nach der Abschiebung, und die Beobachtungen der kirchlichen Ämter zeigen, dass das System in vielerlei Hinsicht unzureichend ist. Der Austausch über notwendige Verbesserungen findet während regelmäßiger Sitzungen mit verschiedenen Akteuren, darunter auch Amnesty International und die Bundespolizei, statt. Dies bringt manchmal Verbesserungen für die Betroffenen, jedoch bleibt der Weg zu einer umfassenden Reform herausfordernd.

Ein kritischer Blick auf die Abschiebep Praxis ist notwendig, um die Rechte und die Würde der am verletzlichsten Menschen innerhalb unserer Gesellschaft zu schützen. Aktuelle Entwicklungen und Beobachtungen zeigen, wie wichtig es ist, auch die Bedingungen der Abschiebungen kontinuierlich zu überprüfen und zu hinterfragen. Angesichts der regelmäßig steigenden Zahl von Betroffenen könnte eine intensivere Diskussion zu positiven Veränderungen führen.

Für eine detaillierte Betrachtung des Falls, **siehe den Bericht auf www.fr.de**.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at